

EUROPA - WIRTSCHAFT

DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM FRÜHJAHR 1963

EWG in der Zerreißprobe

Das vorläufige Scheitern der Beitrittsverhandlungen, die Großbritannien während sechzehn Monaten in Brüssel geführt hat, zeigte mit aller Klarheit, wie schwankend noch immer das Fundament ist, auf dem das junge Europa aufgebaut wird. Es beweist mit erschreckender Deutlichkeit, daß die Zeit des nationalistischen, kleinstaatlichen Denkens bei uns noch längst nicht überwunden ist, und es wäre verfehlt, wollte man die Schuld dafür nur einzelnen Politikern in die Schuhe schieben. Diese Politiker, die heute an der Spitze der Staaten stehen, wurden schließlich vom Willen der betreffenden Völker dorthin gestellt. Wenn wir in der Vergangenheit verschiedentlich auf die mangelhafte Aktivität der EWG auf dem Gebiet der Meinungsbildung in der Öffentlichkeit hingewiesen haben, so hat das Fiasko von Brüssel die Richtigkeit unserer Kritik bestätigt. Wer — von der Presse abgesehen — hat sich eigentlich davon bei uns erschüttern lassen? Wer hatte den Mut, öffentlich zu protestieren gegen die Haltung des französischen Staatschefs, dem man vor Monaten öffentlich zugejubelt hatte, und gegen diejenigen deutschen Politiker, die nicht alles taten, um wenigstens das europäische Gesicht Deutschlands zu retten?

Die in der Weltpresse immer wiederkehrende Meinung, der Schwung, der Europa beiseit habe, sei durch die Ereignisse im Januar zerstört worden, möchten wir dahingehend korrigieren, daß wir sagen: Die Ereignisse in Brüssel haben offenbart, daß der europäische Geist der Massen, der einstmals jung und alt für die neue Idee begeisterte, längst sanft entschlafen ist. Bedeutende Politiker sind zurückgefallen in die Vorstellungswelt der

Nationalstaaten und der kleinen Bündnisse, und, wir sagen dies zum wiederholten Male: Die europäische Beamtenschaft, so sehr sie auch von ihrer Aufgabe überzeugt sein mag, kann nicht erfolgreich sein, wenn sie nicht des aktiven Willens der Völker sicher sein kann. Angesichts dieser Lage steht es uns schlecht an, über das Scheitern afrikanischer Föderationsbemühungen zu rechten und die staatsbildnerischen Maßnahmen in Entwicklungsländern überheblich als Nationalismus zu bezeichnen. Mehr denn je haben wir jetzt der eigenen Tür zu kehren, wollen wir einen Rest an Glaubwürdigkeit bei den Außenstehenden und das Ansehen der Idee Europas retten.

Die vor allem zwischen Frankreich und England schwelenden Unstimmigkeiten trauen am 29. Januar 1963 offen zutage, als dem britischen Delegationsführer in Brüssel erklärt wurde, weitere Besprechungen seien des französischen Widerstandes wegen zwecklos. Frankreich hatte sich auch geweigert, einer Vertagung der Verhandlungen bis zur Fertigstellung einer sog. Bestandsaufnahme zuzustimmen, einer Bestandsaufnahme, die übrigens inzwischen von der EWG-Kommission vorgenommen worden ist. In diesem Dokument, das im Auftrage des Europäischen Parlaments fertiggestellt wurde und Ende März diskutiert werden soll, geht es um die Frage, wie weit die Verhandlungen mit Großbritannien eigentlich tatsächlich gediehen waren, und ob man mit einem baldigen Vertragsabschluß hätte rechnen können. Entgegen früheren Auffassungen, daß die Hauptprobleme (das Commonwealth, die Landwirtschaft und die EFTA) kurz vor einer Lösung gestanden hätten, stellt die EWG-Kommission jetzt fest, daß wichtige Fragen noch ungelöst waren und der Termin eines Abschlusses noch völlig ungewiß gewesen sei; doch liegt der Bericht zur Zeit dem Publikum noch nicht vor, und nach den wenigen bekanntgewordenen Einzelheiten wäre eine zu pessimistische Haltung durchaus verfehlt.

Es scheint vielmehr doch so gewesen zu sein, daß der französische Staatschef weniger eine britische Verschleppungstaktik als ein Näherücken der Einigung fürchtete und deshalb Sand ins Getriebe streute. Diese Überlegung gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn man die französischen Maßnahmen in jüngster Zeit, mit denen er die Axt nicht nur an die Wurzel der EWG, sondern auch der NATO gelegt hat, betrachtet. Über die Motive des Verhaltens *de Gaulles* haben sich Politiker und Historiker hinreichend verbreitet. Ganz sicher ist, daß der Präsident in erster Linie Franzose ist und für ihn die europäische Konzeption nur ein Mittel darstellt, dieses Franzosentum zu realisieren. Er sieht sein Ziel in der Schaffung einer „Dritten Kraft“, die nur das kontinentale Europa unter seiner Führung umfaßt, ein

Europa allerdings, das sogleich einen phantastischen Anstrich bekommt, da es bis zum Ural reichen soll. England ist für ihn ein gefährlicher Konkurrent aus zwei Gründen: einmal, weil es selbst eine Großmacht im europäischen Maßstab darstellt, und zweitens, weil es die unzerstörbare Brücke hinüber nach Nordamerika bildet, die besonders durch das Abkommen von Nassau ein neues Fundament bekommen hat. Dieses atlantische Europa ist es aber gerade, was de Gaulle *nicht* will, weil es seinem Hegemoniestreben im Wege steht.

Besonders schmerzlich ist dabei, daß die Bemühungen prominenter Deutscher, nach dem Scheitern in Brüssel zu retten, was zu retten ist, durch den Bundeskanzler selbst durchkreuzt wurden, den man so lange als den großen Europäer gefeiert hat. Mit einem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag just zur Unzeit leistete er seinem Freund an der Seine Schützenhilfe insofern, als ein Teil des Mißtrauens der anderen europäischen Staaten gegenüber Paris nun auch auf Bonn abstrahlt.

Auf den ersten Blick scheint es, als habe die Einbringung des deutsch-französischen Vertrags das Parlament in eine Zwangslage versetzt, denn wer könnte schon einem Freundschaftsvertrag seine Zustimmung versagen? Eine Anerkennung ohne „europäische Einschränkungen“ wäre aber unverantwortlich. „Ich will nicht aufhören, darauf hinzuweisen“, sagte der Vorsitzende des Niederländischen Freien Gewerkschaftsbundes (NW), *Roemers*, „daß unter diesen Umständen der deutsch-französische Vertrag in erster Linie nicht der Stärkung der deutsch-französischen Freundschaft dient, der wir alle begeistert zustimmen, sondern eine Bedrohung des Wachstums der europäischen Einheit darstellt“¹⁾. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, *Herbert Wehner*, ging noch einen Schritt weiter und sprach den Verdacht aus, daß ehemals im Vertrag enthaltene Bestimmungen über eine Einpassung in die bereits gültigen Verträge der EWG und der NATO später wieder entfernt worden seien. Sollte sich der französische Partner weigern, der Wiedereinfügung solcher Klauseln zuzustimmen, so sei es offenbar noch nicht an der Zeit, einen derartigen Vertrag abzuschließen²⁾. Der Bundesvorstand des DGB bekannte sich am 5. Februar nachdrücklich zu seiner seit je verfolgten Politik der deutsch-französischen Verständigung, aber auch des europäischen Zusammenschlusses. Der deutsch-französische Vertrag, so heißt es in einer Verlautbarung aus Düsseldorf, kann aber nur dann eine sinnvolle Fortsetzung dieser Politik sein, „wenn er ausdrücklich jeden Verdacht der Blockbildung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ausschließt. Die Ratifizierung des Vertrages sollte daher erst

erfolgen, wenn diese Zweifel ausgeräumt sind“.

EFTA und EWG nach der Krise

Der Abbruch der britischen Beitrittsverhandlungen konnte nicht ohne Rückwirkungen auf die übrigen EFTA-Mitglieder bleiben. So stark jene die Initiative Großbritanniens begrüßt hatten, den Brückenschlag zur EWG durch seinen Beitritt voranzutreiben, so plötzlich erkaltete nun ihr Interesse, die begonnenen Besprechungen um eigenen Beitritt oder eigene Assoziierung an den Gemeinsamen Markt fortzusetzen. Die kleine Freihandelszone hat damit wieder an Gewicht im europäischen Spiel der wirtschaftlichen Kräfte gewonnen, nicht indessen auf der politischen Ebene, denn diese wird auch heute erklärmaßen nicht vom EFTA-Abkommen berührt.

Die EFTA-Mitglieder sind sich gegenwärtig einig darüber, daß eine Vereinigung mit der EWG vorab nicht möglich sein wird, und daß es sich lohnt, die eigene Politik auf längere Sicht zu konzipieren. Diese Politik wurde in ihren Grundzügen auf der EFTA-Ministerkonferenz im Februar 1963 in Genf festgelegt und kann insofern auch von den EWG-Staaten begrüßt werden, als sie keineswegs Front gegen den Gemeinsamen Markt macht, sondern eher Maßnahmen umfaßt, die eines Tages vielleicht die Chancen eines neuen Annäherungsversuches vergrößern. Im Mittelpunkt des neuen Programms steht der völlige Abbau der Industriewarenzölle zwischen den Sieben, und zwar beschleunigt bis zum Jahre 1966, was einer Verkürzung von drei Jahren gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan entspricht. Damit würde die EFTA, was die Industriewarenzölle anbelangt, sogar noch vor der EWG an den Punkt völliger innerer Zollfreiheit gelangen, obwohl sie mit dem Zollabbau mehr als zwei Jahre nach der Wirtschaftsgemeinschaft begonnen hat. Man hat in Genf aber noch einen weiteren Schritt ins Auge gefaßt. Ohne den Industriestaaten unter den Mitgliedern zuzumuten, ihre Agrarerzeugung durch billige Einfuhren zu gefährden, sollen doch alle Möglichkeiten genutzt werden, den Handel mit agrarischen und Meeresprodukten zu erleichtern. Damit hat sich die EFTA auf einen neuen und verdienstvollen, wenn auch schwierigen Kurs begeben. Unverrückbar steht die EFTA allerdings auch weiterhin auf dem Grundsatz, ein rein wirtschaftlicher Zweckorganismus zu sein ohne politische Zielsetzungen: „Die EFTA soll sich auf die wirtschaftliche Tätigkeit beschränken, die zum guten Funktionieren einer Freihandelsassoziation notwendig ist, und es

1) Europeese vakbeweging en EEG in „De Vakbeweging“, 4/1963.

2) Die Welt vom 6. 3. 1963.

ist weder in Aussicht genommen, die Integration ihrer Mitglieder auf Gebiete auszudehnen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, noch die Freihandelszone zu einer Zoll- oder gar Wirtschaftsunion zu entwickeln.“³⁾ Im übrigen ist ihr Ziel nach wie vor die Schaffung eines großen, einheitlichen und welt-offenen europäischen Marktes, und man erhofft sich durch Mitarbeit auf dem Boden des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und im Rahmen der als „Kennedy-Runde“ bezeichneten Konferenz einen Beitrag zur Förderung des Welthandels.

Das Fiasko von Brüssel hat die EFTA zwar wiederbelebt und gestärkt, doch ist sie weniger denn je ein Feind der europäischen Wirtschaftsintegration. Der Nordische Rat, dessen Mitglieder zum größten Teil der EFTA angehören, stellte Ende Februar 1963 in Oslo fest: „Niemand wünscht, daß innerhalb der EFTA etwas geschieht, was die Möglichkeit einer künftigen Einbeziehung in einen größeren Markt gefährden könnte.“⁴⁾

In den Reihen der EWG-Mitglieder war die Erbitterung über de Gaulle ungleich größer. Vorstellungen wie die, die Gemeinschaft der Sechs möge korporativ der EFTA beitreten, haben allerdings wenig Aussicht auf Verwirklichung, allein schon, weil auch hier Frankreich kaum mitziehen dürfte. Der Umstand, mit dem Frankreich de Gaulles in der nächsten Zeit eine hemmende Kraft im eigenen Lager zu haben, führte zu verschiedenen Überlegungen, ob man den störrischen Mann an der Seine nicht zum Nachgeben zwingen könne. Daß dies ausgerechnet auf dem Rücken unserer jungen afrikanischen Partner geschehen soll, zeugt nicht gerade davon, daß die anderen EWG-Mitglieder weiser sind als der französische Präsident.

Wie bekannt, war nach reichlichen Geburtswehen die Neuaufgabe des Assoziierungsabkommens mit den Überseegebieten zur Welt gebracht und im Dezember 1962 paraphiert worden. Es sollte im Februar 1963 in Jaounde (Kamerun) feierlich ratifiziert werden⁵⁾. Am 26. Februar 1963 erlebte die Welt aber dann, daß die Vertreter Italiens und der Niederlande ihre Zustimmung versagten. Man glaubte offenbar, damit Frankreich zu treffen, da 14 der afrikanischen Partnerstaaten ehemalige französische Kolonien sind. Dabei wurde übersehen, daß man mit dieser Haltung die Souveränität der Afrikaner verletzt und sich damit eben wieder dem Verdacht des Neokolonialismus aussetzt. „Darüber hinaus ist es doch eine merkwürdige Einstellung“, äußerte sich der belgische Abgeordnete im Europäischen Parlament, *Fernand Dehousse*, „die ehemals Kolonisierten zu bestrafen und ihnen die Vorteile eines Hilfsabkommens zu verweigern, •weil der ehemalige Kolonialherr auf einem ganz anderen Gebiet sündigt. . . Jetzt zah-

len also die Unschuldigen für die Schuldigen.“⁶⁾

Die Gründe, die für diese Verzögerungstaktik angeführt werden, sind fadenscheinig genug. Italien glaubte, vor den Neirwahlen keine so weitreichenden Verpflichtungen übernehmen zu können, und die Niederlande forderten, sicherzustellen, daß den afrikanischen Commonwealthländern der Beitritt frei bleibt und daß die Ausschreibungen im Rahmen des Entwicklungsfonds auch Drittländern zugänglich sind, womit offensichtlich Großbritannien ein Liebesgesten erwiesen werden sollte. Bei der Kompliziertheit des Verfahrens wird nun mit Sicherheit das Jahr 1964 anbrechen, ehe das Abkommen in Kraft treten kann. — Die europäische Solidarität ist erschüttert, und wird Anstrengungen kosten, um das Vertrauen wiederherzustellen, dessen es zu einem reibungslosen Ablauf der weiteren Entwicklung bedarf.

Montanunion und Energiefrage

Mitte Februar 1963 beging die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) in Luxemburg ihr zehnjähriges Bestehen. Im ganzen konnten die Versammelten mit der vorgetragenen Bilanz zufrieden sein: die Stahlerzeugung war in der letzten Dekade um 74 vH., die Eisenerzförderung um 41 vH und das Schrottaufkommen um 90 vH angewachsen. Nur die Steinkohlenförderung wies ein Absinken von 240 auf 227 Millionen Jahrestonnen aus. Das kommende Jahrzehnt soll, wie es hieß, im Zeichen der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Montanindustrie stehen. Recht bemerkenswert waren Feststellungen des Unionspräsidenten *Malvestiti*, daß die Montanunion zwar der Schrittmacher der europäischen wirtschaftlichen Vereinigung gewesen sei, daß ihre Gründer aber auch gewußt hätten, daß ein erdumfassender Freihandel ein Trugbild sei. Er unterstrich die Notwendigkeit, in Großräumen, aber eben doch in überschaubaren Regionen, zu denken. Dieser Ratschlag scheint uns beherzigenswert angesichts der häufig gehörten Meinung, man könne die Probleme der EWG lösen, indem man den globalen Welthandel fördere.

Überschattet aber war die Feierstunde sicherlich durch die ungelöste Frage einer europäischen Energiepolitik. Immerhin ist man insofern einen Schritt weitergekommen, Kommissionen der EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft eine gemeinsam verfaßte

3) Neue Zürcher Zeitung vom 21. 2. 1965.

4) Die Welt vom 23. 2. 1963.

5) Vgl. Gewerkschaftliche Monatshefte, 14. Jg., Nr. 1 (Januar 1963), S. 47—49.

6) Fernand Dehousse: Aufstieg und Niedergang einer großen Sache, in „Sozialistische Europa-Korrespondenz“, Nr. 6/1963, S. 3—4.

Denkschrift vorgelegt haben, die sich mit der Frage der europäischen Energiesituation bis 1970 beschäftigt. Der harte Winter 1962/63, der den Abbau der Kohlehalden gefördert hat, konnte ja nicht vertuschen, daß nach wie vor eine ernste Konkurrenz zwischen Kohle und Erdöl besteht. Nach Professor *Burgbacher* hat nun auch der Abgeordnete *Blumenfeld* vor dem Bundestag eine Energiepolitik der Bundesregierung gefordert. Daß diese in den europäischen Rahmen passen muß, sollte sich von selbst verstehen.

Die Brüsseler Denkschrift informiert über die Größenordnungen und Tendenzen, mit denen man in den kommenden Jahren rechnen müssen, und dabei wird manch einer der technischen Optimisten überrascht sein, zu erfahren, daß die Kernenergie erst in 15 bis 20 Jahren das Energieaufkommen fühlbar mitbestimmen wird. Am deutlichsten zeigt nachfolgende Tabelle, mit welcher Entwicklung gerechnet wird:

Entwicklung der Energiebilanz der EWG
von 1960 bis 1970 (1975)

	1960	1970 (1975)
Gesamtbedarf in Millionen t SKE *)	460	700 (850)
Energieverbrauch je Kopf in t SKE	2,7	3,8
Brennstoffbedarf der Industrie (ohne Eisen- und Stahlindustrie) in Millionen t SKE	88	125 (143)
Brennstoffbedarf der Haushalte in Millionen t SKE	97	133 (151)
Stromverbrauch je Kopf in kWh	1685	3146

*) Steinkohleeinheiten

Es zeigt sich immer deutlicher, daß der Bergbau in eine ähnliche Lage innerhalb der Gesamtwirtschaft zu kommen droht, wie diejenige, in der sich die Landwirtschaft schon befindet. Auch die Argumentation, mit der zum Schutz dieser Branche aufgerufen wird, ist ähnlich: Es geht um die Rettung der sicheren, weil heimischen Energiegrundlage. Auf der anderen Seite steht die Gesamtwirtschaft mit dem Ziel, dem Fortschritt durch die Bereitstellung billiger und bequemer Energieträger zu dienen. Im Wettkampf zwischen Kohle und Öl um den Marktanteil hat die Petroleumwirtschaft erhebliche strukturelle Vorteile. Im Gegensatz zum Kohlebergbau hat sie niedrige Arbeitskostenanteile, ihre Kapitalkosten sind überwiegend aussetzbare Tilgungsraten, sie hat eine breitere Produktkolllektion anzubieten, und sie ist, soweit es sich um weltumspannende Unternehmen handelt, in der Lage, das Produktionsschwergewicht geographisch zu verlagern. Ein Ölhahn

kann leicht abgedreht und wieder geöffnet werden. Eine einmal stillgelegte Grube ist in der Regel endgültig verloren.

Bei ihrer Untersuchung kommen die Brüsseler Kommissionen zu der Prognose, daß trotz aller Bemühungen, die Gemeinschaftskohle (Steinkohle) wettbewerbsfähig zu erhalten, ihr Anteil in den nächsten Jahren von 50 auf 33 vH der Energiedeckung zurückgehen wird. Bis 1975 rechnet man sogar mit einem Absinken auf 27 vH, während der Anteil der Einfuhrenergie schon bis 1970 auf etwa 60 vH ansteigen wird. Die Deckung des Elektrizitätsbedarfs stellt man sich für das Jahr 1970 wie folgt vor:

aus Wasserkraft, Braunkohle und Atomenergie	41 vH
aus Steinkohle (Gemeinschaftskohle)	15—35 vH
aus Einfuhren	24—44 vH.

Wir stehen nun unweigerlich am Beginn einer ersten Auseinandersetzung um die Energiepolitik der kommenden Jahre im nationalen wie im europäischen Rahmen. In Brüssel denkt man zunächst an eine Produktivitätssteigerung des Kohlebergbaus bei einem jährlichen Belegschaftsabbau von 3,5 bis 5 vH, so daß die Zahl der Bergleute von 825 000 (1961) bis 350 000 oder 400 000 (1975) zurückgehen wird. Das ist eine Arbeitshypothese, auf der es zu harten Auseinandersetzungen kommen dürfte.

Dr. Wolf Donner